

## Verband Freie Berufe in Berlin: Ablehnung der Einrichtung eines Ausbildungsförderungsfonds



Die Freien Berufe teilen ausdrücklich das Ziel, mehr junge Menschen für Ausbildung zu gewinnen und ihnen gute berufliche Perspektiven zu eröffnen. Dieses Anliegen verbindet uns mit der gesamten Berliner Wirtschaft.

Gerade deshalb wenden wir uns heute mit einem klaren Anliegen an Sie: Wir bitten Sie, den vorliegenden Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Ausbildungsförderungsfonds bei der Abstimmung **nicht zu unterstützen**.

Die geplante Umlage ist nicht geeignet, das angestrebte Ziel zu erreichen – und sie setzt zugleich an entscheidenden Punkten falsche Anreize. Auch die Freien Berufe in ihrer Vielfalt engagieren sich bereits heute intensiv in der Ausbildung und leisten einen starken Beitrag zur Fachkräftesicherung – auch unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

So konnten die Freien Berufe die Zahl der Ausbildungsverhältnisse gegenüber dem Stichtag 31.12.2023 um 259 erhöhen (+5,4 %). Damit wurde ein Anteil von 12,9 % der vereinbarten 2.000 zusätzlichen Ausbildungsplätze erreicht – und der eigene Beitrag sogar deutlich übererfüllt.

Gleichzeitig zeigt die Praxis: Viele Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt – nicht aus mangelndem Engagement der Betriebe, sondern weil geeignete Bewerberinnen und Bewerber fehlen. Eine Umlage wird diese strukturellen Probleme nicht lösen.

Stattdessen schafft sie zusätzliche Bürokratie, neue Belastungen und führt zu Ungerechtigkeiten – insbesondere für die bei den Freien Berufen stark vertretenen kleineren Einheiten.

Die im aktuellen Entwurf vorgesehene Anwendungsgrenze von 10 Personen löst die bestehenden Probleme nicht, sondern verschiebt sie lediglich. Gerade kleinere Büros, Praxen

und Kanzleien – die im Wettbewerb um Nachwuchskräfte ohnehin über deutlich geringere Ressourcen verfügen als große Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber – werden weiterhin spürbar belastet. Dies gilt insbesondere für Betriebe, die die Schwelle nur knapp überschreiten. Da zudem auch Inhaberinnen und Inhaber mitgezählt werden, wird bereits eine geringe personelle Erweiterung unmittelbar zu einer zusätzlichen Abgabenbelastung führen.

Darüber hinaus unterscheidet sich die Ausgangssituation der Freien Berufe in Teilen wesentlich von der in anderen Wirtschaftszweigen: In zahlreichen Berufsständen der Freien Berufe sind klassische duale Ausbildungsformate, wie sie das Gesetz in den Mittelpunkt stellt, nur eingeschränkt oder gar nicht möglich. Hier erfolgt der Zugang zum Berufsstand ausschließlich über ein Studium. Dadurch stellt sich das Thema Ausbildung grundlegend anders dar als in weiten Teilen der gewerblichen und industriellen Wirtschaft. Gleichwohl leisten die Freien Berufe einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchssicherung – etwa durch duale Studiengänge, Studienpraktika oder im Rahmen von Referendarstationen. Diese Formen werden im Gesetzentwurf jedoch nicht berücksichtigt. Dennoch sollen auch diese Betriebe künftig zur Finanzierung herangezogen werden – ohne dass ihre eigenen Ausbildungsleistungen Berücksichtigung finden.

Im Ergebnis entsteht eine zusätzliche Belastung für Betriebe, die bereits Verantwortung übernehmen – unabhängig davon, auf welchem Weg sie zur Fachkräftesicherung beitragen.

Hinzu kommt ein Aspekt, der uns mit Blick auf die Zukunft besonders sorgt: Schon heute zeigt sich in vielen Bereichen, dass die Selbständigkeit für junge Menschen an Attraktivität verliert. Dies betrifft die Freien Berufe in besonderer Weise. Der zunehmende Mangel an Praxisnachfolgerinnen und Praxisnachfolgern – etwa im Gesundheitsbereich – ist ein deutliches Warnsignal. Auch in anderen Freien Berufen wird es immer schwieriger, bestehende Strukturen zu erhalten.

Eine zusätzliche Abgabe, die als weitere finanzielle Belastung wahrgenommen wird, ohne einen erkennbaren Nutzen für die eigene Ausbildungsrealität zu haben, wird diese Entwicklung weiter verstärken. Sie erschwert unternehmerisches Engagement – gerade in Bereichen, in denen wir es dringend brauchen.

Die Freien Berufe stehen zu ihrer Verantwortung für die nächste Generation. Sie bilden aus, fördern und begleiten – aus Überzeugung und mit großem persönlichem Engagement.

Gerade deshalb halten wir eine zusätzliche Abgabe für den falschen Weg.

**Wir bitten Sie daher ausdrücklich: Lehnen Sie den Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Ausbildungsförderungsfonds ab.**

Mit freundlichen Grüßen



Iva Wolter  
Präsidentin des Verbands Freie Berufe in Berlin

25.03.2026